

ALTERSSICHERUNG: PARITÄTISCHER PROGNOSTIZIERT DRASTISCHEN ANSTIEG DER ALTERSARMUT

01. Dezember 2014

(Berlin) Vor einer

auf uns zurollenden „Lawine der Altersarmut“ warnt der Paritätische

Gesamtverband und prognostiziert, dass sich die derzeit noch moderate

Altersarmutsquote bis 2021 drastisch erhöhen werde, sofern konsequente Reformen

ausbleiben. Der Verband fordert eine durchgreifende Reform der

Altersgrundsicherung und insbesondere eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze.

In einer

aktuellen Modellrechnung der Paritätischen Forschungsstelle, die im neuen

Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin heute veröffentlicht

wurde, rechnet der Paritätische anhand eines eigenen Prognosemodells vor, dass

die Quote der altersarmen Menschen in Deutschland bereits 2021 auf mindestens 7

Prozent ansteigen und in Ostdeutschland sogar dann bereits die 10-Prozent-Marke

überschritten haben wird. „In weniger als zehn Jahren droht ein Heer von

ehemals Langzeit- und Mehrfacharbeitslosen sukzessive und unaufhaltsam in die

Altersarmut zu fallen", warnt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider.

„Selbst bei vorsichtiger Schätzung wird sich die Zahl der

Grundsicherungsbezieher im Laufe der 2020er auf eine Million erhöhen und werden die Quoten dann zweistellig werden.“

In der

Modellrechnung betrachtet der Verband die Gruppe derjenigen zwischen 55 und 65

Jahren, die heute bereits Arbeitslosengeld I, Sozialhilfe oder andere

Existenzminimumleistungen bzw. Wohngeld beziehen und die mit großer Gewissheit

bei Renteneintritt altersarm und auch dann weiterhin auf Unterstützung

angewiesen sein werden. Ohne politische Interventionen sei davon auszugehen,

dass im Jahr 2021 7,2 Prozent der Menschen in Deutschland über 65 Jahren von

Altersarmut betroffen sein werden. Insbesondere in Ostdeutschland, wo

Altersarmut bisher nur eine untergeordnete Rolle spiele, werde die Altersarmut

in den nächsten Jahren sprunghaft und massiv auf 10,2 Prozent (Westdeutschland:

6,4 Prozent) ansteigen, sofern nicht umgehend politisch gegengesteuert werde,

warnt der Verband.

Der

Paritätische bekräftigt seine Kritik an der bisherigen Alterssicherungspolitik

der Bundesregierung. Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte „Solidarische

Lebensleistungsrente“, so die Analyse des Verbandes, werde das Problem nicht

lösen. Die Hürden für die Inanspruchnahme seien zu hoch und die geplante Rente

zu niedrig, um vor Armut im Alter zu schützen. Um künftiger Altersarmut

vorbeugen und bestehende Altersarmut zu beseitigen, schlägt der Paritätische

stattdessen eine Reform der Altersgrundsicherung vor. Erforderlich sei vor

allein eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze in der Altersgrundsicherung
- inklusive altersspezifischem Mehrbedarf - auf 457 Euro. Stromkosten seien
künftig wie Heiz- und Mietkosten in voller Höhe zu übernehmen und einmalige
Leistungen für größere Anschaffungen zu gewähren. Schließlich fordert der
Verband großzügige Freibeträge auf Vorsorgeleistungen und Rentenansprüche.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling

Pressesprecherin

Der Paritätische Gesamtverband

Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 24636 305 / Fax: 030 - 24636 110

eMail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)